

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Druckpreis bei Abnahme monatlich 3 Mk., durch weitere Quartale zugerechnet in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Bestellungen und Postbestellungen werden sofort und ohne Rücksicht auf die Zahl der Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Druckpreises.



Inserentenpreis 3 Mk. für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum, 24spaltig 90 Pf., Anzeigen 2.50 Mk. Bei Sonderdruck und Jahresvertrag entsprechende Ermäßigungen. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Tagesrechnung 3 Mk., Nachzahlungsbetrag 30 Mk. Anzeigenannahme bis nachmittags 10 Uhr. Für die Nichtzahlung der durch Fernruf übermittelten Rechnungen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder bei Nichtzahlung in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vösig, für den Inzerenten: Arthur Zichauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 46.

Donnerstag den 24. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reparationskommission hat in einer Note an die deutsche Regierung die Forderungen für die bis zum 1. Mai zu erledigende Festsetzung der Entschädigungssumme festgelegt.
- Gemäß einem Beschluß der Londoner Konferenz soll die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März stattfinden.
- Nach den bisherigen, fast lückenlosen Wahlergebnissen wird der preussische Landtag aus 421 Abgeordneten bestehen. Er tritt am 10. März zusammen.
- Die Montenegroer haben den Serben den Krieg erklärt und die Feindseligkeiten eröffnet.

Gemeinsame Abstimmung

Gerade wenn man es am wenigsten erwartet, kommt zuweilen eine gute Nachricht, auf die man gar nicht mehr gerechnet hatte. So hören wir jetzt plötzlich aus London, daß die dort versammelte Enquete-Kommission beschlossen habe, die ober-schlesischen Landeseinwohner und die auswärtig wohnenden Abstammungsberechtigten an einem Tage oder, wie es in der amtlichen Meldung heißt, zu gleicher Zeit abstimmen zu lassen. Eine Selbstverständlichkeit, wenn man sich der Bestimmungen erinnert, die der Versäßer Friedensvertrag über die Zukunft Oberschlesiens getroffen hat. Ein Akt der Gerechtigkeit jedoch, wenn man sich die wilden Agitationen ins Gedächtnis zurückruft, mit denen die Polen die getrennte Abstimmung ihrer zwei Gruppen von Oberschlesien durchzuführen versuchten. Es ist wenig, blutwenig, was mit dem Londoner Beschluß erreicht worden ist, aber es ist doch etwas.

Wenn es nach den Polen gegangen wäre, hätten die aus Oberschlesien ausgewanderten Stimmberechtigten überhaupt nicht an der Entscheidung über das Schicksal ihrer Heimat mehr teilnehmen dürfen. Sie sprachen und sprachen wohl auch jetzt noch von „Emigranten“, als handelte es sich um Leute, die, des Lebens am Ort ihrer Geburt überdrüssig, den Staub ihrer Kindheit, ihrer Jugend von den Schulben geschüttelt hätten und in fremde Länder gezogen wären, um dort ihr Glück zu versuchen. So sollte bei denjenigen, die ein Wort bei der Sache mitzureden haben, mit aller Gewalt die Vorstellung erzwungen werden, als handle es sich bei Oberschlesien wirklich um ein eigenes Land, ein eigenes Staatswesen, das nur von der barmherzigen Barbarensucht der Deutschen seiner Selbstbestimmung wider Recht und Moral entzogen würde. Diese „Emigranten“ hatten in Wirklichkeit nur ihren Wohnort nach anderen Teilen des Reiches verlegt, weil sie so im Mutterlande der deutschen Kulturgemeinschaft verbleiben konnten, und sie hingen mit um so treuerer Liebe an ihrer Heimat fest, als sie durch hundert Fäden mit ihr verbunden blieben. Aber den Polen waren sie ein Grauel, und sie setzten alle Hebel in Bewegung, um sie von der Abstimmung fernzuhalten. In Paris fanden sie damit nur zu williges Gehör. Man beglückte uns von dort aus mit Notizen, in denen uns die Wahl gelassen wurde, ob wir die auswärtig wohnenden Abstammungsberechtigten vielleicht nach Köln verfrachten wollten, damit sie dort unter wohlwollender Entente-Aufsicht ihr Wahlrecht ausübten, oder ob wir zwei verschiedenen Abstimmungsterminen den Vorzug geben wollten. Mit Entrüstung lehnte die deutsche Regierung den einen wie den anderen Vorschlag ab und bestand auf den verbindlichen Zusicherungen des Friedensvertrages. Seitdem ließ der amtliche Mund des Obersten Rates in dieser Sache nichts mehr von sich hören. Unverblüdet wurde aber die Sache so behandelt, als wäre die Ansetzung getrennter Abstimmungstage fest beschlossen und unänderlich.

Inzwischen ließ man der Interalliierten Kommission in Opatowitz freie Hand zur Vorbereitung des Abstimmungswortes — und diese schenkte allerdings den politischen Einflüsterungen so gründlich Gehör, daß den Herren in Paris und London nach dieser Seite hin wohl kaum noch etwas Wesentliches zu tun übrig blieb. Schon ihre allgemeinen Bestimmungen räumten mit den abgewanderten Oberschlesiern gehörig auf; überdies wurden die formellen Vorschriften für die Anmeldung und Eintragung in die Abstimmungslisten mit einer solchen Fülle von Fallstricken ausgestattet, daß es fast schwer, wenn nicht unmöglich war, ihnen zu entgehen. Danach glaubt man vielleicht endlich den Polen auch einmal einen Wunsch entgegen zu dürfen, im Vertrauen darauf, daß diese „Vertragstreue“, diese „Gerechtigkeits“ den lieben Freunden in Warschau und Lemberg nichts mehr schaden werde. Der britische Ministerpräsident hat allerdings kürzlich in seiner Unterhausrede eine Bemerkung eingeschoben, die wie ein leiser Tadel gegen die unbegrenzte Länderglorie der Polen sich ausnahm. Er sprach davon, daß es unmöglich angehe, Gebiete, die vor 500 Jahren vielleicht einmal einer anderen Staatshoheit unterstanden, jetzt wieder aus imperialistischen Beweggründen von ihrer gegenwärtigen Staats- und Kulturgemeinschaft loszureißen. Aber bei Lloyd George kann man nie wissen, ob oder wie weit es ihm ernst ist mit dem, was er sagt. Jedenfalls sind in Oberschlesien die Dinge so weit gediehen, auch dank der Schreckensherrschaft, die Herrn Korjant auszuüben seit Monaten erlaubt wurde, daß die Deutschen nur noch mit Aufbietung äußerster Kraftanstrengungen hoffen können, zu ihrem Rechte zu gelangen.

An diesen Kraftanstrengungen werden sie es nicht fehlen lassen, weil sie wissen, daß für Oberschlesien, für das Deutsche Reich Leben und Sterben von der Entscheidung des Abstimmungstages abhängt.

Abstimmung am 20. März.

Die Londoner Meldung über die gleichzeitige Abstimmung in Oberschlesien wurde auch von Paris aus bestätigt. Weitere Einzelheiten liest man in den Pariser Blättern. Die Londoner Konferenz hat danach beschlossen, die ausgewanderten Oberschlesier an demselben Tage wie die Einheimischen abstimmen zu lassen und den Abstimmungstermin auf den 20. März festzusetzen. Falls dieses Datum aus irgendeinem Grunde nicht sollte eingehalten werden können, dann sollte die Abstimmung an einem dem 20. März nachkommenden Tage erfolgen. Die englische Regierung habe sich verpflichtet, der interalliierten Kommission in Oberschlesien zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Abstimmung vier englische Bataillone zur Verfügung zu stellen.

Lloyd George gegen Briand.

Im „Echo de Paris“ erscheint eine Darstellung der Londoner Verhandlungen, nach denen es zwischen Lloyd George und Briand zu lebhaften Auseinandersetzungen wegen der ober-schlesischen Frage gekommen sei. Briand habe sich auf den Standpunkt gestellt, die von dem Obersten Rat getroffenen Maßnahmen müßten aufrechterhalten und die gefassten Beschlüsse dürften nicht rückgängig gemacht werden. Er erinnerte Lloyd George daran, daß dieser der französischen Regierung den Vorwurf gemacht habe, sie wolle die Abmachungen von Vonnegon nicht einhalten, und jetzt wolle er selbst den von den Alliierten gefassten Beschluß umstoßen. Frankreich habe die größte Verantwortung, da es die meisten Truppen in Oberschlesien bereitgestellt habe, während England nicht einen einzigen Mann stelle. General Le Rond habe erklärt, daß eine Gefahr für Oberschlesien darin bestehe, wenn die außerhalb Oberschlesiens wohnenden mit den dort Anwesenden zur selben Zeit abstimmen würden. Lloyd George ließ sich dadurch nicht überzeugen, sondern sagte nummehr, er werde aber viel Bataillone nach Oberschlesien entsenden. Die Unterredung, sagt „Echo de Paris“, sei äußerst unangenehm gewesen und habe zwei Stunden gedauert, danach habe Briand sich entschlossen, sich zu unterwerfen. Es sei möglich, daß der gefasste Beschluß unangenehme Folgen haben werde.

Die Reichstagsnachwahlen.

Schleswig-Holstein und Ostpreußen. Bei der Reichstagsnachwahl in Schleswig-Holstein erhielten Mandate die: Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1 und Mehrheitssozialisten 4. In Ostpreußen haben noch zwei Bezirke aus. An Stimmen erhielten bisher:

Mehrheitssozialisten	214 647
Zentrum	87 696
Demokraten	50 083
Deutschnationale Volkspartei	277 590
Unabhängige	51 746
Deutsche Volkspartei	136 987
Kommunisten	67 563
Mittelstandspartei	9 565
Polen	11 623

Daran würden Mandate erhalten: Sozialdemokraten 4, Zentrum 1, Demokraten 1, Deutschnationale 5, Unabhängige 1, Deutsche Volkspartei 2, Kommunisten 1.

Der neue preussische Landtag

421 Abgeordnete.

Das vorläufige Gesamtergebnis der preussischen Landtagswahlen hat nicht eine Verminderung, wie man zunächst annahm, sondern eine Vermehrung der Abgeordnetenliste gebracht. Am 26. Januar 1921 zogen 402 Abgeordnete in die Preussische Landesversammlung ein, jetzt werden 421 Vertreter des Volkswillens im neuen Landtag vorhanden sein. Die wechselnde Anzahl erklärt sich aus der Bestimmung, daß auf 40 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter kommt, überschüssende Wahlstimmen werden auf die Landeswahlvorschlüsse angerechnet, aus denen sich dann neue Mandate ergeben. Bei dieser Wahl waren es 35, die sich auf die verschiedenen Parteien verteilten.

Die endgültige Zusammensetzung.

Gewählt sind am 20. Februar nach den letzten Feststellungen, an denen sich durch die noch vorzunehmende amtliche Überprüfung kaum etwas ändern dürfte, 399 Abgeordnete. Dazu treten die bisherigen 22 Landesversammlungsadgeordnete des Wahlkreises 9 (Oberschlesien), wo nicht gewählt wurde, Gesamtzahl also 421. Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Par-

teien. Die zweite Ziffer gibt die Parteistärke in der Landesversammlung von 1919 an.

	1921	1919
Mehrheitssozialisten	113	(145)
Zentrum (einschl. Welfen)	90	(94)
Deutschnationale Volksp.	73	(48)
Deutsche Volkspartei	57	(23)
Verenigte Kommunisten	30	(—)
Unabhängige	28	(24)
Demokraten	26	(65)
Wirtschaftspartei	4	(—)
Schleswig-Holsteiner	—	(1)
Welfen	—	(2)

zusammen 421 (402)

Für Oberschlesien gehen 22 Mitglieder der früheren Landesversammlung mit in den neuen Landtag, und zwar elf Zentrumsmitglieder, sieben Mehrheitssozialisten, zwei Unabhängige, ein Deutschnationaler und ein Demokrat.

15 951 338 abgegebene Stimmen.

Die Zahlen der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen sind folgende:

Sozialdemokraten	4 171 286
Zentrum	2 964 602
Deutschnationale	2 892 000
Deutsche Volkspartei	2 266 587
Kommunisten	1 207 695
Unabhängige	1 055 023
Sozialdemokraten	977 463
Wirtschaftspartei	187 345

Der Rest der insgesamt abgegebenen 15 951 338 Stimmen entfällt auf die polnische und die fraktionlose Partei, wie auf zerstückelte Stimmen.

Umbildung der preussischen Regierung?

Berlin, 22. Februar.

Nach amtlicher Veröffentlichung fand heute eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Parteiloyalität getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

Die angestrebte Einheitsfront.

Berlin, 22. Februar.

Welchen Einfluß der Ausfall der Landtagswahlen auf die Zusammensetzung der preussischen Regierung haben wird, steht noch nicht fest. Von mehreren Seiten wird die, wenn auch nicht durch Mandatszuwachs, so doch durch die veränderte Sachlage gestärkte Stellung des Zentrums hervorgehoben, die sich bei dem Eintritt neuer Männer in das Ministerium bemerkbar machen werde. Diese neuen Männer würden bestimmt kommen, wenn auch das jetzige Kabinett am Ruder bleiben dürfte, da ja noch immer eine Mehrheit für die bisherige Koalitionregierung vorhanden sei, die sich unter Umständen durch die Heranziehung der Deutschen Volkspartei verbreitern könnte. Die Mehrheitssozialdemokratie, als die stärkste Partei, soll geneigt sein, gegebenenfalls dem Zentrum den Ministerpräsidenten zu überlassen, dafür aber die beiden wichtigsten Ämter, das des Innern und der Landwirtschaft, für sich beanspruchen. Falls die Deutsche Volkspartei in die preussische Regierung eintreten sollte, verlangten die Mehrheitssozialisten Teilnahme an der Reichsregierung in gleichem Maße. Das Zentrum soll mit dieser übereinstimmenden Ordnung der Dinge im Reich und in Preußen einverstanden sein. Für die Verhandlungen in London sei die Schaffung einer Einheitsfront bei preussischer und Reichsregierung sehr wünschenswert.

Ruhrgebiet oder Mainlinie.

Französische Pläne.

In der französischen Presse tauchen immer wieder neue Kombinationen auf in Bezug auf die militärischen Maßregeln, die gegen Deutschland ausgeführt werden sollen, falls in London ein Einverständnis über die Entschädigungsfrage nicht zustande kommen würde. Die übertriebenen Nachrichten, die die nationalsozialistische Presse von der Besetzung des Ruhrgebietes zu melden wußte, sind von der Regierung dementiert worden; denn sie hatten die Wirkung, das französische Publikum in härtesterem Maße zu beunruhigen als das deutsche, weil die Durchführung derartiger Pläne die seit zwei Jahren versprochene Herabsetzung der Militärdienstzeit von neuem hinauschieben würde. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ glaubt versichern zu können, daß die Regierung Beland überhaupt nicht mehr an die Besetzung des Ruhrgebietes denke, weil diese mit Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Folgen eine sehr

zweifelhafte Operation darstellen würde. Es sei jedoch zu befürchten, daß Briand unter dem Einfluß gewisser diplomatischer Kreise den Plan einer Besetzung der Mainlinie wieder aufgenommen habe.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Zahlungen auf die Körperschaftsteuer.

Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftsteuer an. Der Gesetzentwurf verpflichtet einen Teil der Steuerpflichtigen, die Erwerbseinkünfte zu einer Art Selbstveranlagung, indem ihnen auferlegt wird, nach ordnungsmäßiger Feststellung der Bilanz 10 Prozent des aus der Bilanz sich ergebenden Reingewinns als Körperschaftsteuer im voraus zu zahlen. Die Nichtbeachtung dieser Verpflichtung wird unter eine sehr erhebliche Strafe gestellt. Wenn nämlich der Betrag nicht rechtzeitig entrichtet wird, so darf das Finanzamt Zuschläge von 20 Prozent zu der endgültig festgesetzten Steuer auferlegen.

Zur Besetzung des Rheinlandes.

Nach einer Meldung aus London wurde im Unterhause von Regierungsseite auf eine Anfrage erklärt, bezüglich der Besetzungsbauer des Rheinlandes und der Verlängerung der Besetzung für den Fall, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, habe sich die Lage nicht geändert. Die Artikel 428 bis 431 des Friedensvertrages regeln nach wie vor das Verhältnis, das nicht geändert worden sei.

Unsere Vertreter in London.

Wie verlautet, wird Minister Dr. Simons zur Londoner Konferenz in erster Reihe von Ministerialdirektor Dr. v. Simson begleitet sein. Als Berater der deutschen Delegation werden auch die Herren Dr. Melchior und Dr. Walter Rathenau mit nach London reisen, wogegen Stimmen entgegen anderen Meldungen sich nicht unter ihnen befinden wird.

Deutsche Schuldverschreibungen für Amerika.

Aus dem amerikanischen Staatsdepartement verlautet, daß Wilson wahrscheinlich dem Kongress vor dem 4. März empfehlen wird, die Vereinigten Staaten zu ermächtigen, deutsche Obligationen anzunehmen, die als Bezahlung für die belgische Schuld an die Vereinigten Staaten verwendet werden sollen.

Frankreich

Das französisch-polnische Bündnis, dessen Inhalt jetzt bekanntgegeben wird, enthält vier Bestimmungen. Nach der ersten Bestimmung verpflichten sich die beiden Regierungen, sich über alle Fragen der äußeren Politik, die die beiden Staaten interessieren, ins Einvernehmen zu setzen. In der zweiten Bestimmung verpflichten sich die beiden Regierungen, ein Einvernehmen über die wirtschaftlichen Beziehungen durch Abschluß eines Handelsvertrages herzustellen, der demnächst unterzeichnet werden soll. 3. Im Falle eines Angriffes auf einen der beiden Staaten sichern sich die beiden Staaten gegenseitige Hilfe zur Verteidigung ihrer legitimen Interessen zu. 4. Die beiden Regierungen verpflichten sich gegenseitig zu beraten, bevor sie einen neuen Vertrag über ihre Politik in Zentraluropa und im Orient abschließen.

Italien.

Schutzbefehl der deutschen Truppen. Ministerpräsident Giolitti erklärte mehreren Abgeordneten, die Deutschen des oberen Etschtales würden einen eigenen Wahlkreis erhalten. Das werde jedes Gerücht über die Absicht, die deutschen Elemente unterdrücken zu wollen, zum Schweigen bringen. Eine solche Absicht habe Italien nie gehabt und werde sie nie haben. Die Deutschen würden die größte Freiheit erhalten, und von einer Forderung dürfe nicht mehr gesprochen werden.

Ungarn.

Einführung des Zweikammersystems. In der ungarischen Nationalversammlung wird ein Gesetz zur Wiederherstellung des Magnatenhauses eingebracht werden. Diese neue zweite Kammer ist als Senat mit etwa 125 Mitgliedern gedacht, von denen ein Teil ernannt und der Rest aus Vertretern der Kirche, wissenschaftlichen Vereinigungen und Wirtschaftskorporationen gebildet werden soll.

Griechenland.

Englischer Konkurrenzstreik. Der englische Gesandte in Athen erhob Einspruch wegen einer Bestellung der Regierung auf Material für drahtlose Telegraphie bei einer

deutschen Firma. Der Gesandte verlangte die Aufhebung des Lieferungsvertrages auf Grund des Versailleser Vertrages.

Japan.

Anwachsen der deutschfreundlichen Stimmung. Die antideutschen Gefühle in Japan nehmen immer mehr ab. Die Presse stellt sich in der Frage der Wiedergutmachung allmählich auf einen für Deutschland günstigen Standpunkt. Die Zeitung „Nishi Nishi“ organisierte eine Unterzeichnung für deutsche Kinder und konnte bereits 300 000 Mark absenden.

Die Schadenberechnung.

Ganz unmögliche Zumutungen.

Die sogenannte Entschädigungskommission der Entente veröffentlicht eine Note, nach der nach Vorchrift des Artikels 23 des Versailleser Vertrages spätestens am 1. Mai 1921 alle Schäden, deren Wiederherstellung Deutschland schuldet, abgeklärt sein müssen, hat die Reparationskommission ein Tableau aufgestellt, durch das Woche für Woche die Arbeit vorgegeben ist, die geleistet werden muß, um die endgültige Festsetzung zu dem vorgesehene Termin treffen zu können. Zur Anmeldung von Reklamationen wird der deutschen Regierung eine Frist von wenigstens 8, höchstens 15 Tagen bewilligt. Der letzte Termin für die Mitteilung von Antworten der Alliierten an Deutschland ist der 20. März. Die Amerikaner Bruden und Generalsekretär Solter werden die Verbindungen zwischen den deutschen Bevollmächtigten und den Delegierten sicherstellen. Auf den Einspruch der deutschen Regierung gegen die kurze Befristung der Frist hat die Kommission am 15. d. M. ablehnend geantwortet, woraus die deutsche Kriegskostenkommission Anweisung erhielt, den Protest erneut zum Ausdruck zu bringen.

Zu dem wird von zuständiger deutscher Seite erklärt: „Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung sich darauf einlassen kann, sich im einzelnen vorschreiben zu lassen, binnen welcher Frist sie die Nachprüfung der außerordentlich umfangreichen Aufstellungen zu erledigen hat.“

Bewegliche oder feste Oftertage?

Der Einfluß der Mondstellung.

In diesen Tagen ist Vollmond. Der nächste Vollmond fällt in den März, und zwar nach Frühlingsbeginn, nach dem 21. März. Dieser Vollmond ist also nach der ehrwürdigen Vorchrift des Konzils von Nicäa der Oftermond; der Vollmond, von dem das Ofterfest abhängig ist. Den ersten Ofterfesttag haben wir in diesem Jahre sehr früh: am 27. März. Der Weltkrieg hat uns gar viel genommen, aber Sonne, Mond und Sterne mußte er uns lassen. Was jedoch den Zusammenhang zwischen Mond und Ofterfest betrifft, so ist er uns durch den Weltkrieg nicht nur nicht genommen, sondern sogar erhalten worden. Ohne den Weltkrieg bestände dieser Zusammenhang jetzt wahrscheinlich nicht mehr. Wäre der Friede gewahrt, so hätten wir jetzt wahrscheinlich feste Oftern. Mit der auf einem Zeitraum von fünf Wochen sich erstreckenden Beweglichkeit des Ofterfestes wäre es vorbei und die zahllosen Kumbungen, zu denen diese Beweglichkeit jahres-freudig Veranlassung gab, hätten jede Berechtigung verloren.

Die Bemühungen, den Tag des Ofterfestes vom Monde unabhängig zu machen, reichen in die Zeit der Umarbeitung und der Einführung des gregorianischen Kalenders zurück. Der damalige Papst Gregor der Dritte war dafür, verschob aber die Verwirklichung auf die nächste Zeit. Inzwischen sind über zwei Jahrhunderte vergangen und das Ofterfest ist immer noch so beweglich wie es war. Schon im achtzehnten Jahrhundert erschienen wiederholt Schriften, die auf die Nachteile dieser Beweglichkeit hinwiesen. Namentlich ein Professor in Helmstedt, der braunschweigischen Universität, trat mit Nachdruck für feste Oftern ein. Im neunzehnten Jahrhundert mehrten sich diese Vorschläge, und im zwanzigsten häuften sie sich in überraschender Weise. Man wurde nicht müde, über die Unbequemlichkeiten der beweglichen Oftern für das bürgerliche Leben, besonders für die Schule, zu reden und zu schreiben. Vertreibungen von Kaufleuten und Gewerbetreibenden sahen entsprechende Beschlüsse. Die Angelegenheit wurde vor die Parlamente gebracht, und der Reichstag, das preussische Abgeordnetenhaus sowie die Landtage anderer deutscher Einzelstaaten haben sich wiederholt mit ihr beschäftigt. Gesuche um Festlegung des Ofterfestes sind in diesen Körperschaften je und so oft behauptet

worden. In einem dieser Gesuche erklärte die preussische Regierung: Sie habe diese Frage bereits behandelt. Wenn auch der Ausführung des Planes Schwierigkeiten entgegenständen, so seien diese Schwierigkeiten doch nicht schwerwiegend.

Genau Bescheid darüber wußte der vor kurzem gestorbene Professor Dr. Wilhelm Foerster, der ehemalige Leiter der Berliner Sternwarten. Foerster hatte jahrelang mit ausländischen Stellen, besonders auch mit der römischen Kurie, über die Festlegung des Ofterfestes beraten. Nach seinen Befundungen war man in Rom dem Plane durchaus geneigt. Ursprünglich hatte man dort gewünscht, daß auch Ausland sich für feste Oftern entscheiden und zu diesem Zwecke den gregorianischen Kalender selbst einführen möchte. Da man aber in Petersburg dafür nicht zu haben war und der Heilige Synod sich rundweg dagegen aussprach, so erklärte sich die Kurie auch bereit, die Frage ohne Ausland zu ordnen. Es weit war die Angelegenheit geblieben, als der Krieg ausbrach. Sein Verlauf und sein Ende haben die Frage, ob und wie das Ofterfest festzulegen sei, für lange von der Tagesordnung abgeseht. Die Besiegten und die Sieger haben jetzt andre Sorgen als die, durch welche Bestimmungen die Ofterregel des Konzils von Nicäa zu erfolgen sei. In Deutschland war die Mehrheit dafür, daß sich für den ersten Ofterfesttag am besten der zweite Sonntag im April eignen. Andere wollten den ersten Sonntag nach dem 4. April dafür wählen. Noch andere wollten, daß ein bestimmter, ein genau bezeichneter Tag, wie für Weihnachten, dafür anzuordnen werde. Dagegen sprach aber vor allem die Erwägung, daß wir zu viele Feiertage erhalten würden, wenn die beiden Oftertage auf Wochentage fielen. Die meisten waren, wie gesagt, für den zweiten Sonntag im April. Darauf werden wir aber noch lange warten müssen. Die nächsten Oftern haben wir am 27. März. Möge sich an ihnen die alte Bauernregel bewahrheiten, daß Oftern im März ein gutes Brotjahr verheißt. St.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 französische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder schweizerische Kronen, 100 Schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Preis“ = angeboten; „Gold“ = gefucht.)

Vorläufer	22. 2.	21. 2.	Stand
	Gold Brief	Gold Brief	1. 8. 14
Dolland ... Gulden	2002,90 2007,10	2117,85 2122,15	170 Mk.
Dänemark ... Kronen	1098,90 1101,10	1105,38 1108,85	112 .
Schweden ... Kronen	1368,10 1368,90	1375,00 1381,40	112 .
Norwegen ... Kronen	1058,90 1061,10	1068,90 1071,01	112 .
Schweiz ... Franc	— —	1011,95 1014,05	72 .
Amerika ... Dollar	60,68 60,77	61,00 62,07	4,40 .
England ... Pfund	257,00 257,50	258,75 259,25	20,20 .
Frankreich ... Franc	— —	442,05 442,95	80 .
Belgien ... Franc	— —	402,00 403,00	80 .
Italien ... Lire	— —	221,75 222,25	80 .
Österreich ... Kronen	12,98 13,02	12,73 12,77	85 .
Ungarn ... Kronen	11,78 11,82	11,58 11,62	85 .
Tschechien ... Kronen	76,16 76,25	76,15 76,25	35 .

* Eine Konferenz der Ernährungsminister tagt augenblicklich in München. In eingehender Aussprache wurde erörtert, ob eine Änderung des bisherigen Systems notwendig sei. Die Aussprache ergab vollständige Übereinstimmung darin, daß für die freie Wirtschaft bezüglich des Getreides die Zeit noch nicht gekommen sei, daß vielmehr eine öffentliche Bewirtschaftung des Getreides in irgendeiner Form nicht erdriert werden könne. Als die geeignetste Form für die Bewirtschaftung sah die weitest überwiegende Mehrheit der Versammlung das Anlagensystem an. Der Reichsernährungsminister erklärte, daß vom 16. März an die Qualität des Hochweizens verbessert werden soll, indem es von da an nur mehr zu 70% ausgemahlen wird.

* Überwachten nur bei Sozialisierung. Der Bergarbeiterverband im Ruhrrevier hat eine Entschädigung gefordert, nach der erst dann wieder in Verhandlungen über ein Übersichtsabkommen eintreten will, wenn eine bestimmte verbindliche Zulage hinsichtlich der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemacht worden ist. Die Situation ist ernst, weil bei Fortfall der Übersichten 40% des Inlandbedarfes an rheinischen Kohlen ungedeckt bleiben müssen.

Nah und Fern.

Schwerer Vertrauensbruch. Unter grober Verletzung ihrer Vertragspflichten sind vier Chemiker der Farbfabrik in Leverkusen in den Dienst einer amerikanischen Farb-

Gräfin Pia.

Roman von H. Courths-Walder.

16. Fortsetzung.

(Wiederholungen verboten.)

Erstarrt blickte sie ihn an.

„Das freut mich innig, lieber Hans, für dich und für Pia. Ich habe sie sehr lieb gewonnen, und es wird mir schwer, sie wieder von mir zu lassen. Wann wird sie mit ihr Vater entführen?“

„Er kommt, sobald ich ihm melde, daß das Brenkensche Ehepaar abgereist ist. Ich werde ihn dann bitten, noch einige Tage hier zu bleiben. Und wenn Pia einverstanden ist, werden wir dann gleich unsere Verlobung proklamieren. Und du solltest dann einige Zeit mit nach Niedberg kommen. Vielleicht ist uns ein schöner Herbst beschieden.“

„Oh, darüber ließe ich mich nicht. Erst muß ich aber wohl meine Tochter noch für einige Wochen besuchen — dann komme ich gern. Es ist ja auch im Winter schön in Niedberg.“

„Doch trat Pia ein. Sie hatte sich umgekleidet, da man ausfahren wollte. Hans erhob sich und ging ihr mit leuchtenden Augen entgegen. Sie sah scheu und zagend zu ihm auf. Er nahm ihre Hand in die seine.“

„Wir sprachen soeben davon, Pia, daß dein Vater in einigen Tagen hier sein wird. Ist es dir recht, wenn wir dann unsere Verlobung publizieren? Tante Maria wird uns gern eine hübsche kleine Verlobungsfeier richten, und wir werden deine neuen Freunde und Bekannten dazu laden.“

„Ja — wie du willst, Hans.“

Er küßte sanft und zärtlich ihre Hand. Sie zog schnell ihre Hand zurück und eilte an Tante Marias Seite.

Diese strich lächelnd über ihr Köpfchen.

„Schade, daß deine beiden Zwillingsschwesterchen nicht dabei sein können. Ich glaube, Hilde und Herla Lindau wer-

den sehr betrübt sein, dies Fest nicht mitfeiern zu können. Und wie sie staunen werden, daß ihre kleine Pia sich so schnell verlobte.“

Pia lachte ein wenig. Und dann dachte sie an das, was ihr die Freundinnen über die Liebe gesagt hatten:

„Die Engel nennen es Himmelsfreud“, die Teufel nennen es Hölleleid, die Menschen nennen es Liebe.“ Sie sprang auf.

„Wir wollen doch ausfahren“, sagte sie heftig. Als sie dann im hellen Sonnenschein sich im Wagen gegenüber sahen, wurde ihr etwas leicht und freier ums Herz. Hans sah ihr immer wieder mit leuchtenden Augen ins Gesicht, und dann hämmerte ihr Herz so unruhig und schnell. . . .

„Ach, wenn er mich doch lieben könnte, so recht von Herzen lieben.“

Wie ein Gebet fleg es in ihr auf. Und dabei klopfte das Herz immer schneller und unruhiger. Sie fühlte es. Und da mußte sie zu ihrer Dual wieder denken, wie ruhig sein Herz geklopft hatte, als er sie damals im Arm gehalten hatte.

Sie fuhren an dem Hotel vorüber, in dem Fürst Jekow und Beentens wohnten. Zufällig stand gerade der Fürst mit einigen Herren unter dem Portal. Unter diesen auch Herr von Brenken.

Die Herren grüßten artig herüber, und Fürst Jekow schien sofort Hans Ried zu erkennen, mit dem er verschiedentlich auf Reisen zusammengetroffen war. Er winkte ihm lebhafte freude zu. Hans winkte zurück. Aber dann nahm sein Gesicht plötzlich einen abweisenden Ausdruck an. Er hatte Brenken erkannt, der ebenfalls mit herüber grüßte. Einen Augenblick hasteten die Augen der beiden Männer ineinander. Die Hans von Rieds blickten scharf und schneidend, die Brenkens flackernd und unsicher. Dann war der Wagen auch schon vorbeigefahren.

Piane von Beentens war in leicht begreiflicher Erregung ins Hotel zurückgekehrt, nachdem sie Hans Ried verlassen

hatte. Kaum hatte sie ihr Zimmer betreten, als auch schon ihr Gatte bei ihr eintrat.

Sie warf sich mit einem trockenen Aufschluchzen in seine Arme und umklammerte seinen Hals.

„Was ist geschehen, Piane, was ist dir — wo warst du?“ fragte er unruhig. So fassungslos hatte er sie selten gesehen.

Sie zog ihn neben sich auf den Divan und berichtete flüsternd, in leidenschaftlicher Erregung, was geschehen war. Erst erschrocken er furchtbar, als sie ihm von Rieds Aufschluchzen berichtete. Als er aber dann das Resultat der Unterredung vernahm, atmete er tief auf und bedeckte ihr Antlitz mit Küßen.

„So ist ja alles, alles gut, Piane. Nun sind wir aus aller Not.“

Sie leuchtete tief auf und blickte düster vor sich hin.

„Ja — aber wenn du wüßtest, wie namenlos gedemütigt ich vor diesem stolzen Aristokraten stand — o — das muß ich ihm noch heimzahlen, rächen will ich mich für die angetane Schmach.“

„Was willst du tun, Piane — sei vorsichtig. Stelle nicht aufs Spiel, was du errungen hast.“

Sie sprang auf und lächelte selbstsam.

„Keine Sorge. Nur ein kleiner Scherz. Ich will seiner Braut, der Komtesse, nur ein kleines Andenken an mich hinterlassen. Man tut noch ein gutes Werk an diesem kleinen Schatz, wenn man sie ein wenig aufklärt über ihren künftigen Gatten. Sie wird damit eine Waffe gegen ihn in den Händen halten, wenn er ihr zu sehr den Herrn zeigen will und den Ueberlegenen spielt. So danke ich ihr, daß sie Mitleid hatte mit ihrer unbekanntem Stiefmutter und räche mich zugleich an ihm.“

„Du willst ihr seine Briefe entfehlen?“

„Ja — wie gut, daß ich sie verwahrte. Ahnte ich doch, daß ich sie noch einmal würde brauchen können.“

„Tue es nicht, Piane — es könnte uns schaden.“

(Fortsetzung folgt.)

fabrik im Staate Delaware getreten. Der Vertrag mit dem neuen Dienstherrn enthält die Klausel, daß die Chemiker ihre bei den Farbwerken Leberlinsen erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen der amerikanischen Firma zur Verfügung zu stellen haben. Ein Koffer mit Schriftstücken und Zeichnungen, den die Chemiker unter Ausnutzung ihrer Vertrauensstellung entwendeten, konnte noch in Holland beschlagnahmt und nach Köln zurückgebracht werden. Von den Latern haben bereits zwei ihre Stellung in Amerika angetreten. Das Komplott, durch das wichtige Geschäftsgeheimnisse an das Ausland verraten worden sind, wurde angeblich von dem Vertreter der amerikanischen Firma in Zürich in die Wege geleitet.

○ Ausdehnung der Vorfrankierung. Amlich wird gemeldet: Das Ende Dezember bei fünf Postämtern in Groß-Berlin beschlagnahmte eingekaufte Verfahren, das gewöhnliche Briefsendungen zu den Sähen von 10 und 40 Pf. durch Stempelabdruck freigemacht werden, ist vom Reichspostministerium beschlagnahmt bei neun anderen großen Postämtern im Reich weiter zugelassen worden.

○ Im Dachsteingebirge erstoren. In Ergänzung früherer Nachrichten aus Tschil wird jetzt berichtet, daß sieben eis vermischt gemeldete Eskimaden, die sämtlich aus Ebenise bei Gmunden (nicht, wie es zuerst hieß aus Tschil) kamen, im Dachsteingebirge erstoren aufgefunden wurden. Die Eskimaden wurden auf der Tour von der Adamshütte zur Simonshütte vom Schneesturm überrascht, gerieten auf eine Schneewand und stürzten mit dieser ab. Rumpf der Verunglückten lagen zusammen in einer Gruppe, die beiden anderen davon entfernt. Die Leichen waren zu Eis erkarrt. Die Verunglückten sind: Gymnasialprofessor Dr. Scheller, sein Bruder Lehrer Ferdinand Scheller, Lehrer Kleiner, die Lehrerinnen Deubler und Heget, Obertingenteur Sille und die Kaufmannstochter Frei.

○ Schlafkrankheit auch in Schweden. Die Schlafkrankheit hat in Schweden in der Zeit vom 16. bis 31. Januar bei 330 Krankheitsfällen gegen 220 in der ersten Hälfte des Januars 30 Todesopfer gefordert. Auch in Deutschland tritt die Krankheit, wenn auch nur ganz schwach, auf. In Siedersberg sind eine 19-jährige Näherin aus Renneheim und eine 47-jährige Frau davon befallen.

○ Für die hungernden deutschen Kinder. In Milwaukee, der Hauptstadt des nordamerikanischen Staates Wisconsin, findet vom 16. bis zum 24. April d. J. ein großer Basar zum Besten der hungernden deutschen Kinder statt. Einen großen Beitrag hofft man aus dem Vertrieb von Brotkrumen zu erzielen. Herr Senator Schulz in Milwaukee, City-Hall, Wisconsin, U. S. A., richtet die Bitte an alle deutschen Städte, die Notgeldscheine auszugeben haben, dasnöglichst einwertete, also wertlose Scheine entweder eingeschrieben direkt an ihn oder zur Weiterbeförderung an Herrn Paul v. Szczypanski, Preussensland im Schwarzwald, Schöneberger Str. 45, zu senden. Auch Photographien bekannter deutscher Persönlichkeiten mit eigenhändiger Namensunterschrift, Autogramme usw. werden von beiden Stellen mit Dank entgegengenommen und dem guten Zweck zugeführt werden.

○ Vereinfachungen für die Einreise nach Holland. Laut Mitteilung des holländischen Ministeriums des Äußeren sind die Bestimmungen über die Erteilung der Einreiseerlaubnis nach Holland infolgedessen erleichtert worden, als sämtliche niederländische Konsulate nunmehr selbständig ohne Rücksicht auf die Einreiseerlaubnis auf kurze Zeit erteilen können. Diese Bestimmungen finden jedoch nur Anwendung, soweit die Dringlichkeit der Reise besteht und die Antragsteller dem Konsul bekannte angelegene Persönlichkeiten der Handels-, Bank- und Industriezweige sind.

Neueste Meldungen.

Bom Kleinkrieg in Irland.

London. Der Kleinkrieg in Irland dauert an. Bei Middleton kam es wieder zu einem Zusammenstoß zwischen 15 Soldaten und etwa 20 Sinnfeinern. 13 Sinnfeiner wurden getötet, zwei verwundet und fünf gefangen.

Verkauf des Hotels des Völkerverbundes?

Brüssel. In Brüssel hat sich das Gerücht verbreitet, daß Sir Eric Drummond, Generalsekretär des Völkerverbundes, das Hotel National, Eld der Gesellschaft der Nationen, mehreren Schweizerischen Hoteliers zum Kauf angeboten habe.

Industrieerfolg in Belgien.

Brüssel. Es wird gemeldet, daß infolge der industriellen Krisis einige Kohlengruben des Landes den Betrieb eingestellt haben. Der Ausschuss für Kohlenwesen wird Donnerstag die Mittel prüfen, die geeignet wären, die Arbeitslosigkeit der Bergleute auf das allermindeste herabzusetzen.

Frankreichs gefährliches Spiel.

Rom. Der bekannte General Capello weist auf das gefährliche Spiel hin, das Frankreich mit Deutschland treibe und in dessen letzter Konsequenz es verwickelt allein gegen Deutschland stehen würde. Wie nicht Breußen, sondern die napoleonische Unterdrückungspolitik einen Schamhorst hervorgerufen habe, so werde auch nicht Deutschland, sondern Frankreich eine Wiederholung der Vorgänge von 1813 provozieren.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. In Döhrten sind rund 5000 ungültige Stimmen abgeben worden, die auf die Komplexiertheit der ganzen Wahl zurückzuführen sind.

Leipzig. Der 20. deutsche Geographentag findet in Leipzig vom 17. bis 19. Mai statt.

Vugana. In Bologna und Mailand fanden festliche Jubiläumspfeife zwischen Nationalisten und Sozialisten statt. Zahlreiche Personen wurden verwundet.

Wien. Die österreichische Regierung beschloß, ans Triest einen Freihafen zu machen. Dieser Freihafen wird in kurzer Zeit vom König proklamiert werden.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Keine großen Hoffnungen auf London.

Berlin, 23. Februar. (tu.) Der Lokalanzeiger erzählt aus maßgebenden politischen Kreisen: Es braucht kaum gesagt zu werden, daß man sich in deutschen politischen Kreisen hinsichtlich London keinem allzu großen Optimismus hingibt, da die Vertreter Frankreichs sozusagen mit gebundenen Händen in London erscheinen werden, nachdem man sie in aller Form beauftragt hat, die deutschen Gegenansprüche nur auf der Basis der Pariser Beschlüsse zu diskutieren. Unter solchen Umständen könnte es sich, so meint man, ereignen, daß selbst die dringlichsten deutschen Vorschläge von den Franzosen abgelehnt werden, nur weil sie sich mehr oder weniger von dem Pariser Vorbild entfernen könnten.

Expens-Malmedy definitiv belgisch.

Paris, 23. Februar. (tu.) In seiner Vormittags-Sitzung hat der Rat des Völkerverbundes gestern einen Brief

Aufruf.

Gegen die große Lüge von der deutschen Kriegsschuld ruft der Volksbund „Rettet die Ehre“, Zentrale Bremen, alle Deutschen hierdurch zum Proteste auf. Die erste Protestversammlung im Bremer Dom am 13. Februar 1921 war von über viertausend Menschen besucht, während Tausende wegen Platzmangels umkehren mußten. Die sachlichen Ausführungen des Vorsitzenden, Dompredigers Gericow, machten tiefsten Eindruck. Schlag auf Schlag konnten an Hand amtlichen Materials die jahrelangen Bemühungen der Feinde aufgedeckt werden, Deutschland in die Lage der Notwehr zu bringen und so zur Kriegserklärung zu zwingen, damit es vor der Welt „das Obium der Kriegserklärung“, d. h. die Schuld am Kriege trüge. Zugleich wurde der Nachweis geführt, wie heute die Nachhader feindlicher Staaten begonnen haben, ihre Maske fallen lassen, nachdem sie glauben, der Siegesbeute sicher zu sein. Sie beginnen zu sehen, daß Deutschland am Kriege unschuldig ist; gleichwohl fordern sie weiter seine „Bestrafung“, indem sie die „erzwungene“ Unterschrift von Versailles jetzt durch eine „freiwillige“ von London ersetzt sehen möchten.

Deutschland, wach' auf! Deutsche Männer und Frauen, wehrt euch gegen „die große Lüge von der deutschen Kriegsschuld“! Vereinigt euch in allen Städten und Dörfern zum einmütigen Ansturm gegen diesen Schandakt des ganzen Vertrages von Versailles! Wir fordern hier also nicht von euch, erneut den Inhalt der geäußerten feindlichen Ansprüche zu belämpfen, sondern das **Uebel an der Wurzel fassen** und mit uns den Beweis zu führen, daß die **Rechtsgrundlage des Versailler Vertrages**, auf die sich diese Forderungen stützen, **hinfallig ist**. Die ganze Welt muß die Wahrheit erfahren. Dafür legt sich der Volksbund „Rettet die Ehre“ mit seinen 485 Ortsgruppen jetzt ein, nachdem er schon vor einem Jahre erfolgreich die Bewegung gegen die Auslieferung des Artikel ins Leben rief und dann gegen die „Schwarze Schmach“ und den „Skandal von Wignen“ kämpfte.

Fordert von Bremen das einschlägige Material zur Veranfertigung von Kundgebungen. Plakate, Aufrufe und fertig geordneter Vortragstoff, wird „kostenfrei“ zugeandt von der Geschäftsstelle des Volksbunds „Rettet die Ehre“, Zentrale Bremen, Garmentstr. 8, Fernruf Kol. 7415.

redigiert, durch den der deutschen Regierung auf ihre Note bezüglich Expens und Malmedy geantwortet werden soll. Die Antwort erinnert daran, daß der Rat bereits früher anerkannt habe, daß infolge des Ausfalls der Abstimmung das Gebiet definitiv Belgien zugesallen sei.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 23. Februar 1921.

— Tagesordnung für die Stadtverordneten-Sitzung Donnerstag den 24. Februar 1921 abends 7 Uhr. 1. Eingänge und Mitteilungen. 2. Aenderung des § 23 des Ortsgrundgesetzes aus Anlaß der Wahl des Herrn Dr. jur. Kronfeld zum Bürgermeister bez. Stellung eines Antrags auf Ausnahmewilligung. 3. Gewährung von Mietbeihilfen für die bei den Eltern wohnenden Erwerbslosen (erneut). 4. Zusatzsteuer vom reichseinkommensteuerfreien Einkommensteil. Anträge des Stadtrats Bombach und Stadtverordneten Berger. 5. Besuch des Oberregierungsbaureis Riemer um Erhöhung seiner Entschädigung als Bauaufsichtsführer. 6. Einleitung des künftigen Winterbadaufs für Schule und Rathaus an Rofs. 7. Beschließens.

□ Die erste Steuererklärung zur Reichseinkommensteuer. Der Vorstand zur ersten Steuererklärung zur Reichseinkommensteuer für das Steuerjahr 1920 liegt jetzt nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vor. Sie umfaßt auf sechs engbedruckten Seiten zahllose Fragen, die sämtlich zu beantworten sind. Nicht nur das Einkommen, sondern auch die Familienverhältnisse und manches andere wird aufs genaueste erfragt. Bei den Angaben über das steuerbare Einkommen wird unterschieden zwischen Grundbesitz, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Arbeit und sonstiges, sämtlich mit zahlreichen Unterabteilungen. Für etwaiges festgelegte Abzüge sind 16 verschiedene Punkte aufgeführt, zum großen Teil mit mehreren Fragen. Weitere 19 Fragen beziehen sich auf die Familienverhältnisse, den Haushalt, Geburtsjahr, Erwerbsfähigkeit, die Kapitalertragssteuer, Grundbesitz usw. Sämtliche Angaben sind auch für die Angehörigen zu machen. Abzugeben haben die Erklärung alle Steuerpflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 10 000 Mark übersteigt hat oder die vom Finanzamt dazu angefordert werden und ein Einkommen von mindestens 3000 Mark haben.

□ Brennspiritus für Gewerbetreibende. Seitens der Brauweinmonopolverwaltung in Berlin ist in der Abgabe von Brennspiritus mit sofortiger Wirksamkeit folgende Veränderung getroffen worden: Jeder Gewerbetreibende hat das Recht, bis zu 20 Liter Brennspiritus monatlich zu beziehen. Diese Ermächtigung erstreckt sich besonders auf alle diejenigen Gewerbe, welche bisher nicht beliehert werden durften und erstährt eine weitere Erleichterung dadurch, daß Brennspiritus auch in Zukunft zu Beschäftigungszwecken an Gastwirte, Kaufleute und andere gewerbliche Betriebe abgegeben werden darf. Soweit der Bedarf 20 Liter pro Monat übersteigt, wird auf besonderen Antrag auch noch ein höheres Quantum bewilligt.

— Die Zwidauer Thesen. Eine aufsehenerregende Meldung brachte dieser Tage die „Leipz. Volkz.“. Der Regierung des Leipziger Schulwesens habe angeblich einigen Lehrern, die ihn um Auskunft baten, ein Religionsunterricht nach den Zwidauer Thesen der Verfassung entsprechen, mitgeteilt, daß Landeskonfession sei vorläufig nicht in der Lage, von sich aus oder als solches eine bestimmte Stellung zu der Frage, ob ein Religionsunterricht nach den Zwidauer Thesen ein Unterricht im Sinne der Verfassung sei, einzunehmen oder eine bestimmte Erklärung dafür abzugeben. Es habe aber den Superintendenturen und den Synodal-Konferenzen anheimgestellt, von sich aus für ihre Eparchie ihr Einverständnis mit

einem Unterricht nach den Zwidauer Thesen als in Uebereinstimmung mit der Verfassung stehend, zu erklären. Genaue Befundigungen im Landeskonfession über diese Meldung haben ergeben, daß das Landeskonfession an das Leipziger Schulamt überhaupt kein Schreiben gerichtet hat, sich überhaupt auch sonst zu den Zwidauer Thesen niemals in dem oben genannten Sinne geäußert hat, vielmehr nach wie vor auf dem Boden der letzten Kundgebung der Synode zum Religionsunterricht steht.

— Sozialdemokratischer Lehrertag in Dresden. Am 24. und 25. März wird in Dresden der erste sozialdemokratische Lehrertag Deutschlands abgehalten werden. Man wird u. a. die Frage der Gestaltung der weltlichen Schule und die Frage des Geschichtsunterrichtes erörtern. Am 25. März wird gemeinsam mit dem gleichzeitig tagenden Zentralbildungsausschuß der Partei die Frage der Mitarbeit der Lehrerschaft an der sozialistischen Bildungsaufgabe zur Erörterung stehen. Als letzter Punkt ist dann die Beratung über das neu aufzufassende Schulprogramm vorgelesen.

— Aufnahme von Flüchtlingen. Der Landesauschuß der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen bittet um Aufnahme folgender Aufforderung: Das Flüchtlingselend wird immer größer und erfordert gebieterisch rasche, energische Maßnahmen. Hunderte solcher bedauernswerter Familien liegen seit Monaten in den Flüchtlingslagern Zittau und Großpöritz bei Zittau und warten sehnlichst, ja verzweifelt auf Wohnung und Arbeit. Wer nur einen Funken von Nächstenliebe und sozialem Verständnis in sich trägt, muß dieser Not so rasch wie möglich abzulösen bereit sein, indem er wenigstens eine Flüchtlingsfamilie bei sich aufnimmt. Die Kosten für Einrichtung oder Herrichtung von Wohnungen übernimmt bis zu 3000 Mark das Rote Kreuz, dem Hauswirt entstehen also keine oder nur geringe Kosten. Doppelt hilft, wer rasch hilft! Auch darf nicht verschwiegen werden, daß bei freiwilliger Aufnahme einer Flüchtlingsfamilie wohl jeder besser fährt, als bei zwangsweiser Zuweisung, die letzten Endes erolagen muß.

— Die 4. Klasse der 178. Sächsischen Landeslotterie wird am 9. und 10. März gezogen. Die Lose sind bis zum 28. Februar bei den Staatslotterie-Einnahmern zu erneuern.

— Ein Todesurteil. Das Schwurgericht Freiberg verurteilte den Schlosser Kurt Reich Geißler aus Dresden wegen Mordes, begangen in Lateinzeit mit verübtstem schweren Raube, zum Tode. Geißler hatte am 12. Sept. 1920 auf Wendisch-Garsdorfer Platz den Händler und Monteur Boff aus Dresden mit einem Beile niedergeschlagen und ihn sodann zu berauben versucht. Der Schwerverletzte ist an demselben Abend noch im Dresdner Friedrichshäcker Krankenhaus verstorben. Geißler wollte mit der getaubten Barschaft seiner Braut eine Kücheneinrichtung kaufen.

— Kommunistische Vertretung Sachsens in Moskau. Nach einer Meldung des kommunistischen Volksblattes in Dresden hat die kommunistische Partei Sachsens beschlossen, den Genossen Kurt Geyer als Delegierten in das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale nach Moskau zu entsenden. Geyer hat die Reise nach Moskau vor einigen Tagen angetreten und wird etwa 2 bis 3 Monate in Rußland bleiben, um dann von einem anderen Genossen abgelöst zu werden.

— Umbau des Leipziger Königsplatzes für die Leipziger Messe. Das ehemalige Königsplatz in Leipzig wird zur diesjährigen Messe unter großem Kostenaufwand vollständig umgebaut und der keramischen Branche zur Verfügung gestellt werden. Die keramische Bank in Dresden hat das Palais in Pacht genommen und den bekannten Dresdner Architekten Borchig mit der Ausarbeitung künstlerischer Entwürfe betraut.

— Roßwein. Die Stadtverordneten genehmigten in letzter Sitzung den Haushaltsplan der Stadt Roßwein für 1920/21, dem an Bedürfnissen in Höhe von 1579 900 Mk. nur 125 101 Mk. Deckungsmittel gegenüberstehen. Es besteht demnach ein Fehlbetrag von 1454 799 Mark. Zur Deckung desselben sind schätzungsweise 1252 200 Mk. durch Einnahmen an Steuern zu erwarten, so daß noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 202 599 Mk. vorhanden ist.

— Töbelen. Das Töbeler Schützenfest findet in diesem Jahre am 31. Juli statt, nicht an dem von alterher gewohnten zweiten Sonntag im Juli.

— Bischofswerda. Auf den abends 6.30 Uhr von Rauenzig hier eintreffenden Personenzug wurde kurz vor der Station Burlau ein Schuß abgegeben. Die Kugel ging durch das Fenster eines besetzten Wagens dritter Klasse, ohne jedoch glücklicherweise jemanden von den Insassen zu verletzen. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen nach dem Täter blieben erfolglos.

— Töbelen. Die Polizei beschlagnahmte 20 Zentner Zucker in dem Augenblick, als sie auf dem Bahnhof nach Dresden verfrachtet werden sollten. Sie waren an einen Dresdner Konsumverein verkauft worden.

— Geyer. Die Stadtverordnetenwahl, die auf Grund der Ungültigkeitserklärung der Wahl vom 20. Dezember 1920 am Sonntag stattfand, hatte bei 3265 abgegebenen Stimmen (gleich 88,3 Proz. Wahlbeteiligung) folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt: 4 Ratshändler, 2 Herren der Bürgervereinsliste, 1 Landwirt, 1 Industrieller, 2 Mehrheitssozialisten und 7 Unabhängige. Die Beamten erhielten kein Mandat auf ihre Liste. Nach der letzten Wahl fanden 9 Bürgerliche 9 Unparteilichen gegenüber. Jetzt hat sich das Verhältnis zugunsten der Bürgerlichen verschoben.

— Leipzig. Gestern fand im großen Sitzungssaale des Reichsgerichts die Eröffnung des Staatsgerichtshofes in seiner vorläufigen Verfassung statt. Anwesend waren sämtliche 7 Mitglieder und zwar drei Richter des Reichsgerichts und die vom Reichstage gewählten vier Abgeordneten. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Regelung des Prüfungsverfahrens. Es wurde beschlossen, daß sich dieses zunächst nicht auf die sogenannten Ministeranlagen erstrecken solle.

— Leipzig. Der Lokomotivführer Hättner des vor kurzem im Hauptbahnhof verunglückten Zuges ist aus der Haft wieder entlassen worden, nachdem alle Verweisehörungen zur Sicherung vor Verdunkelung stattgefunden haben.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit in so reichem Maße dargebrachten Ehrungen und wertvollen Geschenke, meinen lieben Sangesbrüdern für den schönen Gesang sowie den lieben Nachbarn für die Aufmerksamkeiten sagen wir nur hierdurch zugleich im Namen unserer Eltern

recht herzlichen Dank

Herzogswalde, am 22. Februar 1921

Otto Brau und Frau Frieda
geb. Kaden.

Es ist uns Herzensbedürfnis, für die erwiesenen Ehrungen und zahlreichen, wertvollen Geschenke anlässlich unserer Silberhochzeit u. zugleich Hochzeit unserer Tochter unseren

aufrichtigsten Dank

auszusprechen.

Kesselsdorf, am 20. Februar 1921.

Otto Treppe und Frau.
Willy Hoffmann und Frau Frieda
geb. Treppe.

Militärverein für Wilsdruff u. Umgeg.

Sonntag den 27. Februar 5 Uhr im „Adler“

Kränzchen,

bestehend in Theater, Gabenlotterie u. Tanz.

Jeder Teilnehmer wird um ein Geschenk gebeten mit der Bitte, es an die Kameraden Georg Adam, Stehler oder Rose abzugeben. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Konfirmanden-Anzüge

dunkelblau — farbig

Sorgfältigste Ausführung
erprobt gute und haltbare Stoffe

190, 225, 250, 300 bis 500 Mk.

Wäsche Hüte
Konfirmanden-Stiefel

Beachten Sie meine Schaufenster-Anlagen.

B. Walther, Pörschappel,
Tharandter Str. 26

Möbelgeschäft und Lackiererei

Max Löwe, Parkstraße 134.

Empfehle mein großes Lager in

mod. Küchen, Wohn- und Schlafzimmern in Weiß, Eiche und Nußb. lackiert, Herren- u. Speisezimmer in echt Eiche und Nußbaum, Matratzen, Sofas, Chaiselongues sowie einzelne Stücke.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

32 gute
Arbeits-Pferde

meist langschwänzige Dänen, im Alter von 4 bis 9 Jahren, darunter einige tragende Stuten, ferner

8 Stück gute Federrollwagen

50 bis 100 Zentner Tragkraft, mehrere

Rastenwagen

dazu gehörige Arbeitsgeschirre sofort zu verkaufen. Obige Pferde werden mit voller Garantie abgegeben. Käufer können auch den Kaufpreis 3 bis 5 Monate nach Ablauf der Garantiezeit zahlen.

Edmund Eckardt vorm. Julius Gierth, Dresden-N.
Expedition und Lauffuhrwesen. Böhmische Straße 24.

Die Verlobung unserer Tochter **Margarete** mit Herrn Kaufmann **Paul Schmidt** in Pörschappel zeigen hiermit an

Max Uebigau und Frau.

Wilsdruff

Meine Verlobung mit Fräulein **Margarete Uebigau** beehre ich mich anzuzeigen.

Paul Schmidt.

Pörschappel

24. Februar 1921.

Grüne Heringe

Pfund 2.50 Mk.,

täglich frische

Fettpöcklinge

empfiehlt

Breuer, Rosenstr.

Futtermöhren

Speilemöhren

billigt bei

Alfred Jäpel,
Wilsdruff, Fernruf 543.

Frischen Schellfisch
und grüne Heringe

empfiehlt **Paul Humpisch.**

Gesunde

Runkeln

Zentner Mk. 12.50, gibt ab

Alfred Jäpel,
Wilsdruff, Fernruf 543.

Ein neuer Anzug

für kleinere Statur passend, okav., billig zu verkaufen durch **W. Petrmischl,** 2497 Herzogswalde Nr. 11.

Neue Militärhosen

aller Farben, jetzt bedeutend billiger, **Arbeitsjoppen** bei

Frigische, Dresden-Löbl.,

Grundbacher Straße 20 an Burgstraße.

Als Damen-
schneiderin

empf. sich **Gertrud Heinze**
Poststraße 158 b II.

Möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension für Herrn gesucht.

Angeb. unt. 2370 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Augen Frauen

Vorsicht! wenn die Augen gelblich sind, verschieden ist, verschleimen Sie es nicht auf morgen, bestellen Sie bei

Regelstörung

und Stockung sofort mein überraschend wirkendes **Radikalmittel**, schnell und sicher wirkend, unschädlich mit Garantiechein, sonst

1000 Mark zurück, schreiben Sie genau wie lange Sie klagten, dann werde ich Ihnen helfen; geben Sie nichts auf übertriebene Versuche, sondern vertrauen Sie sich nur einem Fachmann an. Zahlreiche gepriesene Dankschreiben bürgen für d. Wirkam. in 1-2 Tag. teilt meiner **Erfolg** ohne jegl. Mittel. **Ullrich** Besuchsdrang, tägl. neue Dankschreiben.

Frau B. S. als G. schreibt: Ich danke Ihnen als mein Ketter, Ihre Mittel sind ein Segen für alle Frauen. Versand streng diskret und reell **S. Paarsen, Krankenbehandler** Hamburg 183, Kaiser-Wilhelm-Straße 64.

Zur Konfirmation

empfehle mein reichhaltiges Lager in

schwarzen und bunten

Kleiderstoffen

Hemden

Beinkleidern

Korsetts, Leibchen

Unterröcken

Schürzen

Strümpfen

Handschuhen

zu besonders billigen Preisen

Emil Glathe.

Achtung Landwirte!

Allen Landwirten, besonders meiner werten Kundschaft vom vorigen Jahre hiermit zur Kenntnis, daß ich meine

Saatkeereinigung m. doppelter Reinigung

versehen habe und ich sofort in der Lage bin, Samen- klee von allen Unkrautsamen einwandfrei zu reinigen.

Einzelne Posten bis zu einem Zentner können, falls die Maschinen frei sind, sofort erledigt werden.

Hochachtungsvoll

Arthur Renner,
Saatkeereinigung Specktrich b. Rabenau.

Stühle und Sessel

in verschiedener Ausführung liefert gediegen und preiswert

Arthur Schreiber, Stuhlfabrik, Wilsdruff, Vöhtauer Straße 298 B.

Markenfrei! Markenfrei!

Brikettmischung (lose Form),

sehr heizkräftig, geeignet für Industrie und Hausbrand.

geben täglich ab in großen und kleinen Posten

Wilsdruffer Brikettwerke, Wilsdruff.

Händlern wird Rabatt gewährt!

Bis 300 Mk. tägl. Verdienst

bietet sich Herren oder Damen ohne Betriebskapital, passend für Regenswitwen, welche hausieren gehen wollen mit Herren- und Damenstoffen, reelle Ware, konkurrenzlos billig. Näh zu erf. in d. Geschäftsst. d. Bl. unt. 2498.

Lehrling

mit guter Schulbildung wird für unser Fabrikkontor gesucht.

Gebrüder Müller,
Möbelfabrik Wilsdruff

Ein Läuferchwein
zirka 80 Pfund schwer, ist zu verkaufen

Grumbach 104.

Schäferhund
(Hündin), auf den Namen **Nero** hörend, Sonnabend früh abhandengekommen.

Ueber den Nachweis des Verdienstes desselben sichere ich eine Extra-Belohnung zu.

Karl Ludwig,
Neukirchen,
Fernspr. Amt Reinsberg 49.

Nähmaschinen:

Glastik, Linksarm, Flachstepp, Schneider, Haushalt

erhältliche deutsche Erzeugnisse in reicher Auswahl liefert unter weitestgehender Garantie

Arthur Fünfstück,
Dresden,
Wallstr. 23, Fernspr. 18741.

Kaufe große u. kleine Posten rote u. gelbe **Möhren, Kartoffeln, Runkel- Rüben** sowie **Äpfel und Stroh.**
Jäpel, Wilsdruff.
Fernruf Nr. 543.

Sprengen
von **Baumstubben u. Findlingssteinen** unternimmt **Stenzel, Niederwortha.**

Seilerwaren
aller Art kauft man nicht beim Händler oder Quasler, sondern in der reellen **Seilerei von Rich. Schneider,** gegründet 1826.

Hausmädchen
für Haus- und Gartenarbeit bei hohem Lohn gesucht.
Gärtnerei Meißner,
Priesnig Wirtschaftsweg 100

Frauen
finden bei mir bei Ausbleiben der monatlichen Regel **Hilfe und Rettung.** Stellen Sie meine von langjährigen Fachleuten hergestellten erstklassigen, auch in den dringendsten Fällen

wirkenden Präparate. Verzag, Sie nicht, denn durch meine Mittel wird auch Sie den vor sich erziehend u. wieder froh und glücklich werden. In 1 d. 2 Tagen völlig schmerzlos. Unschädlich. Ohne Verurteilung, schriftl. Garantie beiliegend. **Sonst 2 faches Geld zurück.** Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen, hab. Diskret. Versand.

Fr. U. Lemke,
Hamburg, Grindelallee 49.
Erhalte täglich Dankschreiben, welche die Wirksamkeit meiner Mittel bestätigen. Frau W. aus N. schreibt:

Ich danke Ihnen von ganzem Herzen, denn durch den Gebrauch Ihrer segenspendenden Mittel bin ich wieder von aller Last u. Sorgen befreit. Bedauerndwert sind die Frauen, welche Ihre Präparate nicht erprobt haben.

Frauen
gebrauchen bei Ausbleiben der monatl. Regel

meine **unübertroffenen** schnell wirkenden Spezialmittel. Ich überreibe nicht, sondern helfe täglich zahlreichen Frauen auch in den schwierigsten Fällen. Schreiben Sie mir, wie lange Sie klagten, dann helfe ich Ihnen auch. Nur dann können Sie Ihres Lebens wieder froh sein. **Erfolge** auch in d. ausstehenden Fällen durch viele Dankschreiben nachgewiesen. trophem unschädlich, ohne Verurteilung, mit Garantiechein, sonst

3 faches Geld zurück. Versch. streng reell u. diskret. **Fr. H. aus D. schreibt:** Ich gebrauchte Ihre Mittel, dieselben waren **schmerzlos**, wirkten schon in 1 Tage, wofür ich Ihnen ewig dankbar sein werde.
P. Nagel, Hamburg 326
Margaretenstraße 74 III.